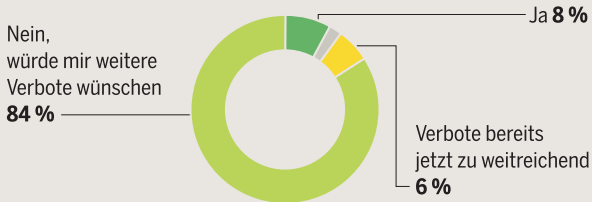


SO DENKEN DIE DEUTSCHEN ÜBER DIE PLASTIKKRISE

Repräsentative Befragung zur Regulierung

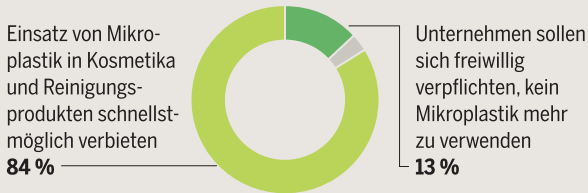
Verbot von Einwegplastikartikeln

Halten Sie das in der Europäischen Union auf den Weg gebrachte Verbot von verschiedenen Einwegplastikartikeln wie etwa Plastikstrohhalm, Wattestäbchen und Einwegbesteck für ausreichend?



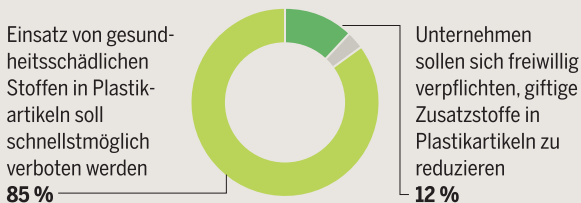
Umgang mit Mikroplastik

Wofür sollte sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene bei der Regulierung von Mikroplastik einsetzen?



Umgang mit giftigen Chemikalien in Plastikartikeln

Wofür sollte sich die Bundesregierung beim Umgang mit giftigen Chemikalien in Plastikartikeln auf europäischer Ebene einsetzen?



■ Fehlende Angabe/weiß nicht

Weitere Maßnahmen zur Reduzierung des Plastikverbrauchs*

Über das Verbot von Einwegplastikartikeln hinaus sollte die Bundesregierung weitere Maßnahmen ergreifen (Zustimmung in Prozent):

Höhere Strafen für Konzerne,

die Plastikmüll in der Umwelt entsorgen



Verbot von Plastikmüllexporten in Länder

mit unzureichenden Umwelt- und Sozialstandards



Verpflichtung von Herstellern, langlebige, reparierbare und

wiederverwertbare Produkte auf den Markt zu bringen



Stärkere Beteiligung von Unternehmen an den Kosten für Reinigungs-

maßnahmen in der Umwelt in Folge des Plastikverbrauchs



Abgaben/Gebühren auf Einwegplastikprodukte für deren Hersteller



Ausschließlich freiwillige Lösungen für Industrie und Handel



Mehrwegverpackungen fördern, z. B. durch ein einheitliches

Pfandsystem für To-go-Produkte oder eine Wiederverwendungsquote



Höhere Strafen für Bürger/innen,

die Plastikmüll in der Umwelt entsorgen



Abgaben/Gebühren auf Einwegplastikprodukte

für Verbraucher/innen



* Basis: Befragte, die Verbot für ausreichend halten/sich weitere Verbote wünschen

Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa für die Heinrich-Böll-Stiftung, Erhebung im April 2019, 1.008 Befragte, Toleranz plus/-minus 3 Prozentpunkte, Differenzen durch Rundung